

Interview. Die EU will die Transportwege für den Kriegsfall besser organisieren. Auch Österreich ist involviert, sagt Generalmajor Ronald Vartok. Das Bundesheer müsse fähig sein, „durchmarschierende Kräfte zu unterstützen“.

„Im Krisenfall kommt man an Österreich nicht vorbei“

VON DANIEL BISCHOF

Die Presse: Herr Generalmajor, alle reden über die Bedrohungen durch Drohnen, Österreich arbeitet derzeit eine Abwehrstrategie aus. Wie groß ist die Gefahr tatsächlich?

Ronald Vartok: Drohnen zielen als Teil der hybriden Kriegsführung darauf ab, die Bevölkerung zu verunsichern. Die Lage hat sich drastisch verschärft. Seit September gab es Vorfälle in Litauen, Polen, Deutschland und anderen Ländern. Vergangene Woche musste der Flughafen in Brüssel wegen Drohneneinsichtungen gesperrt werden. Am Sonntag wurden Drohnen auch über einem belgischen Kernkraftwerk gesichtet.

Weil die Bevölkerung verunsichert werden soll: Spielt man dem nicht in die Hände, wenn jeder Vorfälle zur Frage der nationalen Sicherheit erklärt wird?

Nein. Denn diese Drohnen legen den zivilen Flugverkehr lahm, und das hat extreme wirtschaftliche Auswirkungen. Nachdem Drohnen bereits den Flughafen in München zeitweise lahmgelegt haben, lässt das den Schluss zu, dass die Bedrohung auch Österreich jederzeit treffen kann.

Wie wahrscheinlich sind solche Vorfälle in Österreich?

In höchstem Ausmaß wahrscheinlich. Es ist keine Frage des Ob, sondern des Wann.

Sie sprechen von Störaktionen?

Ist für die europaweiten Drohnenvorfälle ein Akteur verantwortlich? Gibt es gesicherte Erkenntnisse im Bundesheer?

Nein – auch nicht in jenen Ländern, die davon betroffen sind. Alle Anzeichen jedoch deuten auf Russland. Es sind russische Drohnen, die in Polen niedergegangen sind. Es sind russische Drohnen, die den Luftraum in Rumänien verletzt haben. Aber ja: Mit hundertprozentiger Sicherheit kann man es nicht beweisen.

Nicht nur hinter den Drohnenvorfällen, auch hinter anderen Sabotageaktionen wie Cyberangriffen wird fast immer sofort Russland vermutet. Besteht die Gefahr, durch diese permanente Zuordnung Russland stärker und kompetenter zu machen, als es eigentlich ist?

Nein. Täglich werden an der Front im Ukraine-Krieg 100.000 Drohnen eingesetzt – aller möglichen Ausprägungen.

ZUR PERSON

Ronald Vartok ist Generalmajor im Bundesheer und leitet die Direktion Verteidigungspolitik und Internationale Beziehungen. Sie arbeitet unter anderem das jährliche Risikobild aus, in dem die Bedrohungen für Österreichs Sicherheit analysiert werden.



Dass es in Österreich zu Drohnenvorfällen kommt, sei „in höchstem Ausmaß wahrscheinlich“, sagt Vartok. Foto: F. W. / AP

gungen. Es gibt bereits Drohnen, die einzelne Soldaten jagen: Die Russen setzen sie ein, um desertierende oder zum Überlaufen bereite Soldaten zu eliminieren. Das ist eine Entwicklung, auf die wir uns im Verteidigungsministerium für ein Krisenszenario vorbereiten müssen.

Was sind die Ableitungen für das Bundesheer?

Auch die Komponente Drohnenabwehr ist in unserem Aufbauplan 2032+ enthalten. Es gibt mehrere Varianten: Bekannt ist etwa der Skyraider, der auf dem gepanzerten Radfahrzeug Pandur aufgesetzt wird. 36 Stück davon hat das Verteidigungsministerium beschafft. Es ist aber auch möglich, über elektronische Kampfführung Drohnen abstoßen zu lassen. Man muss dabei berücksichtigen: Bei der Drohnenabwehr findet derzeit ein Wettlauf der Technologien statt.

Inwiefern?

Drohnen, die man derzeit in der Ukraine einsetzt, werden in sechs Monaten als veraltet gelten. Darauf muss das Bundesheer bei der Drohnenbeschaffung achten. Österreich hat bereits 300 Aufklärungsdrohnen bestellt, wir werden auch bewaffnete Drohnen einführen müssen.

Medial wurde berichtet, dass die EU-Kommission mit den Mitgliedstaaten und der Nato daran arbeitet, wie man in Europa im Kriegsfall den Transport von Waffen und Fahrzeugen besser organisieren kann. Inwieweit ist Österreich als Transitland davon betroffen?

Wir sitzen im Herzen Europas. Im Falle einer Krise oder eines Krieges, wenn militärische Mittel zum Beispiel vom Süden in den Norden verschoben werden, wird man an Österreich nicht vorbeikommen. Das Thema militärische Mobilität ist ein Schwerpunkt in der EU. Innerhalb der Nato und in jedem Nationalstaat. Es geht dabei um zwei Aspekte.

Welche?

Erstens müssen bürokratische Hürden verringert werden. Wenn in einer Krise Kräfte verschoben werden müssen, kann es nicht sein, dass sie aufgrund nationaler Einreiseregeln acht Tage an der Grenze warten müssen. Die erste Forderung der EU lautet, auf drei Tage und in weiterer Folge auf einen Tag herunterzukommen. Österreich kann die Drei-Tage-Frist jetzt schon einhalten. Wir werden auch das weitere Ziel von einem Tag erreichen.

Was ist der zweite Aspekt?

Es geht darum, dass die Infrastruktur geeignet sein muss. Brücken müssen verstärkt, Tunnel breit genug sein, um Waffensysteme zu transportieren und militärische Mittel rasch zu verschieben.

Man hört heraus, dass Österreich intensiv in diesen EU-Verhandlungen drinnen steckt. Absolut.

Inwiefern spielen die ÖBB da eine Rolle?

Sie spielen eine zentrale Rolle. Im vergangenen Monat hat das Verteidigungsministerium erste Gespräche mit den ÖBB geführt, um deren Meinung einzuholen. Militärische Mobilität wird auch für die ÖBB ein eindeutiges Schwerpunkt in der Zukunft darstellen.

Wenn ein Mitgliedstaat nach einem Angriff die EU-Beistandsklausel aktiviert, könnte Österreich keine militärische Hilfe leisten, sich aber als Transitland für militärische Güter zur Verfügung stellen: Ist das ein denkbare Szenario?

Im Anfallsfall kann die österreichische Regierung sich auf die irische Klausel berufen (Bestimmung im EU-Recht, wonach sich neutrale Staaten im Beistandsfall aus dem Konflikt heraushalten können, Anm.). Das ist eine Option. Die Regierung könnte aber auch sagen, man bietet den

Tiefe Europas und auf jeden Mitgliedstaat.

Sie haben heuer vor dem Szenario gewarnt, dass Russland versuchen könnte, eine direkte Landbrücke zu seiner Enklave Kaliningrad zu schaffen. Gibt es derzeit Anzeichen dafür?

Nein. Solange sich Russland im Krieg mit der Ukraine befindet, so lang ist ein zusätzlicher militärischer Angriff Russlands auf ein zweites Land eigentlich auszuschließen.

Weil es nicht die Kräfte für einen Zwei-Fronten-Krieg hat?

Genau so ist es. Die Ukraine ist daher derzeit der Sicherheitsgarant Europas. Sie gibt uns auch die Zeit, uns auf zukünftige Bedrohungen einzustellen. Man kann sich derzeit nicht festlegen, ob und wann sich Russland zu einer weiteren militärischen Aggression entscheidet. Es muss auch die Sprunghaftigkeit der Administration von Donald Trump einkalkuliert werden: Sind die USA im Anfallsfall bereit, Europa zu unterstützen?

Was erwarten Sie? Zuletzt haben die USA angekündigt, Soldaten aus Rumänien abziehen.

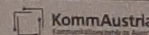
Es handelt sich um eine US-amerikanische Brigade, die auf einige Länder wie Rumänien und Ungarn aufgeteilt ist. Das ist aber keine signifikante Reduzierung, da die USA mit der russischen Aggression ihre Kräfte in Europa verstärkt haben.

Wie schätzen Sie die Bedrohungen durch China für die EU und Österreich ein?

China möchte spätestens 2046 sicherstellen, dass Taiwan angegliedert wird, wahrscheinlich aber schon früher. Es will vor allem im Südchinesischen Meer dominant sein und tritt damit in Konkurrenz mit den USA. Sollten tatsächlich US-amerikanische Streitkräfte aus Europa in großem Stil in den Indopazifik abgezogen werden, hätte das einen direkten Effekt auf Europa.

Weil dadurch weitere militärische Schritte durch Russland wahrscheinlicher werden? Genau.

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)



Aufhebung einer fehlerhaften Ausschreibung

Die KommAustria hebt die am 16.10.2025 im EVI und in den Tageszeitungen Standard und Presse veröffentlichte fehlerhafte Ausschreibung MUX A und MUX B mit Ablauf des 13.11.2025 auf.

Ausschreibung gemäß § 23 Abs. 1 Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz

Die KommAustria schreibt gemäß § 23 Abs. 1 AMD-G nach Maßgabe des Digitalisierungskonzeptes 2025, GZ 2024-0.823.295, die Planung, die Errichtung und den Betrieb der folgenden bundesweiten terrestrischen Multiplex-Plattformen für digitalen terrestrischen Rundfunk aus:

1. MUX A (2025-0.438.434)
2. MUX B (2025-0.438.443)

Zulassungsanträge sind für jede der zwei Multiplex-Plattformen getrennt einzubringen. Für die Vergabe des Bundesgebietes sind grundsätzlich die in § 3 des Digitalisierungskonzeptes 2025 dargestellten Beteiligungen vorgesehen.

Anträge haben bis spätestens 13.01.2026, 13:00 Uhr, bei der KommAustria unter Bezeichnung der beantragten Multiplex-Plattform einzuzeigen.

Auf die MUX-Auswahlgrundsatzverordnung MUX A/B 2025, GZ 2025-0.273.875, wird hingewiesen.

Wien, am 06.11.2025

Kommunikationsbehörde Austria

Mag. Dr. Gerhard HOLLEY, LL.M.
(Mitglied)